

# Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 19

Berlin, den 1. Oktober 1937

15. Jahrgang

## Wachsende Spannung in Polen

Die innerpolitischen Verhältnisse Polens sind heute undurchsichtiger denn je. Die Regierung hat sich in der seinerzeit von Marschall Rydz-Smigly gebilligten Zusammenfassung bisher zwar im wesentlichen behauptet. Aber ihre Autorität ist offensichtlich im Schwinden. Der politische Exponent des Marschalls, der Soldat Sławaż Ślązakowski, hat die ihm gestellte Aufgabe, die Brücke von der Regierung zum Volke zu schlagen, ebenso wenig erfüllt, wie diese Aufgabe vorher von dem politischen Exponenten des Staatspräsidenten, dem „Zivilisten“ Kossakowski, hat gelöst werden können. Auch die Hoffnung, daß das von Oberst Koc im Auftrage des Marschalls ins Leben gerufene Lager der nationalen Einigung die an einem bedenklichen Mangel an volkstümlichen Parolen und zündenden Ideen frankende Regierung sanieren werde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Vielmehr hat dieses Lager der Regierung weder neue Gedanken geschenkt, noch neue Anhänger zu gewinnen vermocht. Es ist selber auf dem besten Wege, ein Tummelplatz teils von rechts, teils von links ausgeborgter Ideen und einander widersprechender Interessen zu werden. Jedenfalls kann man den mit dem Lager gemachten Versuch, eine weltanschauliche Ausrichtung aus dem Besitz der Macht heraus in die breite Masse des Volkes hineinzwanzeln, heute bereits als gescheitert ansehen. Die oppositionellen Parteien sind mit Hilfe einer ausgeklügelten Wahlordnung auf dem parlamentarischen Boden zwar lahmgelegt worden; im Lande draußen aber sind sie für die Regierung jenes unübersteigbaren Hindernis auf ihrem Weg zum Volke geblieben, über das einst auch Piłsudski nicht hinwegspringen konnte. Die Kunst, mit deren Hilfe sich die Regierung innerpolitisch behauptet, ist die Kunst, keine innerpolitische Entscheidung zu fällen; und die Weltanschauung, in die sich die Regierung geflüchtet hat, ist die, sich keine der in den oppositionellen Parteien lebendigen Weltanschauungen reslös zu eignen zu machen.

Vor einigen Jahren, als Piłsudski noch lebte, wußte die Regierung nicht, wo das Volk steht. Heute ist es umgekehrt: das Volk weiß nicht mehr, wo die Regierung steht. Der Kreis, der die Regierung bildet, scheint langsam, aber sicher nach allen Seiten auseinanderzufließen. Im Lager der nationalen Einigung selbst zeigen sich bereits bedeutsame Risse; zahlreiche Organisationen, die seinerzeit dem Lager ihre Sympathie zum Ausdruck gebracht hatten, haben sich von ihm bereits wieder getrennt. Über die Aktionen seiner Jugendorganisation scheint das Lager ebenso, wie seinerzeit der „Unparteiische Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung“ über die Aktionen der von ihm geschaffenen „Legion der Jungen“, die Kontrolle verloren zu haben. Oberst Koc verfolgt immer deutlicher die Linie einer Zusammenarbeit mit der nationalen Opposition; aber sein Stabschef steht bei den Konservativen im Verdacht, mit der linken Opposition zu sympathisieren. Der städtische Sektor des Lagers der nationalen Einigung läßt in seinem Auftreten eine zunehmende Geistesverwandtschaft mit den Nationalradikalen erkennen, wogegen der ländliche Sektor mehr zu den Anschauungen der sozialradikalen Bauernschaft neigt. Die Konservativen sind für ein Zusammensehen mit den Endecken. Der Verband „Das Junge Polen“ hofft, eine

Synthese zwischen der nationalen Theorie Roman Dmowskis und der nationalen Praxis Józef Piłsudski zu finden. Auf dem linken Flügel haben sich die „Verbesserter“ in einem Demokratischen Klub organisiert. Im Legionärsverband haben sich politische Streitigkeiten bemerkbar gemacht. Und was das Verhältnis zur Kirche anlangt, so sind im Regierungslager alle Schattierungen von der freidenkerischen Kircheneindlichkeit bis zur Anerkennung des Katholizismus als einer den Staat verpflichtenden Weltanschauung vertreten. Nirgends ist Klarheit. Statt eines Lagers gibt es tatsächlich eine ganze Reihe von Klubs, statt einer nationalen Einigung eine fortschreitende „Dekomposition“, statt einer Idee eine ganze Kette schlecht durchdachter Doktrinen.

Unter diesen immer undurchsichtiger werdenden Verhältnissen ist es verständlich, wenn das Verlangen nach einer Klärung der Lage durch Neuwahlen auf Grund einer mehr oder weniger demokratisch reformierten Wahlordnung an Boden gewinnt. Diese Frage ist während der letzten Wochen in Polen ein Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, nachdem von führenden Kreisen des Lagers der nationalen Einigung mehrfach die Notwendigkeit einer Wahlreform und die Zweckmäßigkeit von Neuwahlen besont worden sind. Allerdings scheint man bisher weder in diesem noch in den anderen politischen Lagern eine ganz klare Vorstellung davon zu haben, nach welchen Grundsätzen bei den etwaigen Neuwahlen eigentlich gewählt werden soll. Als sicher kann lediglich gelten, daß weder nach den rein demokratisch-parlamentarischen Grundsätzen, wie sie vor 1926 bestanden, noch nach den in der zur Zeit geltenden Wahlordnung niedergelegten Grundsätzen gewählt werden wird. Was weiter den Zeitpunkt eventueller Neuwahlen anlangt, so scheint nun folgendes einigermaßen sicher zu sein: daß neue Parlamentswahlen erst dann stattfinden werden, wenn die politische Atmosphäre vorher durch Kommunalwahlen geprüft worden ist, und daß die Parlamentswahlen noch vor der im Jahre 1940 fälligen Neuwahl des Staatspräsidenten durchgeführt werden.

Wenn sich gegenüber dem im Regierungslager herrschenden Chaos die oppositionellen Parteien machtpolitisch noch nicht weiter durchgesetzt haben, so nur deshalb, weil es auch unter ihnen keine Einigung gibt, in der Hauptsache deshalb, weil sich die bürgerliche Volkspartei nicht entscheiden kann, ob sie endgültig nach rechts oder nach links abschwanken soll. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die oppositionellen Parteien mit wachsender Entschiedenheit und zunehmendem Selbstbewußtsein auftreten. Die Nationaldemokraten bauen darauf, daß die Regierung sie braucht, wenn sie der immer wieder vorbrechenden Volksfronttendenzen Herr werden will. Die Bauern haben bewiesen, daß sie sich notfalls auch des Streiks als eines politischen Kampfmittels gegen den Staat zu bedienen verstehen. Der Bolschewismus ist für einen Staat, der das Hauptghetto des Weltjudentums ist, immer eine latente Gefahr. Die Arbeiterschaft orientiert sich, wie der fortschreitende Zerfall der regierungstreuen Gewerkschaften zeigt, immer weiter nach links. Und die Front von Morges hat mit einer neuen Mobilisierung ihrer Kräfte begonnen. Jede dieser oppositionellen Parteien besitzt innerhalb des Regierungslagers eine mit ihr sympathisierende Gruppe; und jede dieser Gruppen sucht durch die Begünstigung der ihr entsprechenden oppositionellen Partei ihren Einfluß innerhalb der Regierung zu stärken. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Zustand der innerpolitischen Unentschiedenheit noch längere Zeit fortdauern wird.

Dazu muß noch eines festgestellt werden: Es hat nicht ausbleiben können, daß die offensichtliche Unfähigkeit, zu einer Klärung der innerpolitischen Situation zu gelangen, auch auf das außenpolitische Ansehen des polnischen Staates nachteilig eingewirkt hat. Die dauernde Ungewissheit darüber, welchen Lauf die Dinge in Polen einmal nehmen werden, kann keinen anderen Staat dazu ermuntern, mit Polen gemeinsame Sache zu machen. Es fällt schwer, der Außenpolitik eines Staates Vertrauen entgegenzubringen, von dem es nicht sicher ist, wie in ihm zukünftig die Macht ausüben wird. Und es ist nicht leicht, an den Wert von Vereinbarungen mit einem Staat zu glauben, in dem keine Garantie dafür besteht, daß die Vereinbarungen auch durchgeführt werden. Dr. R.

# Das System Grazynski

Michael Grazynski — das ist nicht nur ein Name, sondern ein System, das System des volkspolitischen Bürgerkrieges. Dieses System ist nicht auf den Amtsberich dieses Wojewoden beschränkt; es hat dort nur seine schärfste und konsequenste Ausprägung erfahren. In die Wirksamkeit dieses Systems sollen die nachstehenden Fälle, die sich in der Zeit vom 9. bis 26. September d. J. in Oberschlesien ereignet haben, einen Einblick gewähren.

Mit einer am 9. September veröffentlichten Erklärung brach das Syndikat der polnischen Journalisten Schlesiens und des Dombrowski Bezirks seine Beziehungen zu den deutschen Pressevertretern Oberschlesiens ab; durch die Ankündigung, daß seine Mitglieder in Zukunft an keiner der amtlichen Pressekonferenzen mehr teilnehmen würden, zu denen auch die Vertreter der deutschen Presse eine Einladung erhalten, versuchte das Syndikat, die amtlichen Stellen zu einem entsprechenden Vorgehen gegen die deutschen Journalisten zu zwingen. Einen gleichen Beschluß fasste auch der Klub der Verlegerstätter des Schlesischen Seminars. — Nachdem vor kurzem die „Polska Zachodnia“, das Organ des Wojewoden Grazynski, gegen den Vertrieb deutscher Zeitungen und Zeitschriften in Polen polemisiert hatte, wurde, wie dasselbe Blatt, später berichtete, von „Personlichkeiten des politischen Lebens“ in Rybnik eine Entschließung gefaßt, in der die städtischen Behörden aufgefordert wurden, diejenigen Kioske, die noch weiterhin deutsche Zeitungen verkaufen, zu schließen; in Tarnowitz wurde am 17. September der Verkauf deutscher Zeitungen im Straßenhandel polizeilich verboten.

Das deutsche Schulwesen Oberschlesiens wurde von einer neuen schweren Maßnahme getroffen. Bisher pflegten die Sprachprüfungen, denen die zu den öffentlichen Minderheitsschulen mit deutscher Unterrichtssprache angemeldeten deutschen Kinder unterworfen sind, von einer Kommission vorgenommen zu werden, zu der auch Vertreter des Deutschen Volkbundes gehörten. Bei den zu Beginn des neuen Schuljahres durchgeführten Sprachprüfungen aber wurden keine Vertreter der deutschen Volksgruppe mehr in die Prüfungskommissionen berufen. Die polnischen Prüfer waren also ganz unter sich. Das Ergebnis war, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der angemeldeten Kinder die Prüfung bestand. Um einige Beispiele anzuführen: In Janowitz fielen von den 10 zur Prüfung zugelassenen deutschen Kindern 9 durch! In Chopinowic bestanden von den 20 deutschen Kindern, deren Einschulungsanträghe von den Behörden billigt worden war, nur 16 die Prüfung! In Chwallowitz waren es 6 von 25, in Piekart 28 von 73. In Chwallowitz traten die deutschen Schüler in den Streik. Unter den Kindern, die wegen angeblich mangelnder deutscher Sprachkenntnisse der polnischen Schule zugewiesen wurden, befinden sich zahlreiche Kinder, die mehrere Jahre hindurch deutsche Kindergärten besucht und bereits seinerzeit bei der Aufnahme in die Kindergärten eine deutsche Sprachprüfung mit Erfolg abgelegt haben! — Am 21. September wurde das Internat des Deutschen Privatgymnasiums in Pleß, gegen das die Zwangswidmung des Pleßschen Vermögens ein Emissionsurteil erwartet hatte, zwangsweise geräumt. Auf Anordnung des Gerichtsvollzuges wurde das Mobiliar des Internats kurzerhand auf die Straße gesetzt. Die aus ihrem Heim vertriebenen Schüler wurden vom Deutschen Volkbund in einem Notquartier untergebracht. Der Leiter des Jugendamtes des Deutschen Volkbundes, der von der Zwangswidmung einige photographische Aufnahmen gemacht hatte, wurde verhaftet; er wurde zwar wieder freigelassen, aber der Photoapparat wurde beschlagnahmt. — Am 19. September fand in Chwallowitz im Kreise Rybnik eine von 800 Personen besuchte Versammlung statt. Sie nahm nach dem Bericht der „Polska Zachodnia“ einen „ungeröhnlich stürmischen Verlauf“; in einer Entschließung wurde die Auflösung der örtlichen deutschen Privatschule verlangt. — Die von der Jungdeutschen Partei geplante Kundgebungen für das deutsche Schulwesen, die in der Zeit vom 23. September bis 5. Oktober in Kattowitz, Königshütte, Loslau usw. stattfinden sollten, mußten auf Anordnung der polnischen Behörden abgesetzt werden. — Am 15. September wurde der an der

deutschen Minderheitsschule in Friedenshütte tätige Lehrer Wilhelm Schmidt von der polnischen Schulbehörde beurlaubt; die Beurlaubung erfolgte „aus Gesundheitsrücksichten“. Die Schule wird von 146 deutschen Kindern besucht.

Auf Veranlassung des polnischen Betriebsratsmitgliedes Wojciech wurde eine seit 1924 als Wäschendchein im Hüttensankenhaus der Friedenshütte beschäftigte deutsche Volksgenossin mit der Begründung entlassen, daß es für eine „Germanka“ in Polen keine Arbeit gebe. Da es sich bei der aus ihrem bescheidenen Verdienst verdrängten Deutschen um eine 54jährige, alleinstehende Frau handelt, kann man das Verhalten des polnischen Betriebsratsmitgliedes nur als einen Roheitssatz bezeichnen. — Zu den Betriebsratswahlen in der Bismarckhütte, die am 21. und 22. September stattfanden, hatten auch die deutschen Arbeiter eine eigene Kandidatensliste eingereicht. Der polnische Wahlvorstand erklärte jedoch, daß er die deutsche Liste „wegen eines Formfehlers“ nicht zulassen könne. Es blieb bei dieser Entscheidung auch, als der Königshütter Arbeitsinspektor, an dem sich der deutsche Listenführer gewandt hatte, feststellte, daß keine rechtlidche Handhabe für die Zurückweisung der deutschen Liste vorliege. Auf diese Weise wurde den deutschen Arbeitern die Wahl eigener Vertreter in den Betriebsrat der Hütte unmöglich gemacht. — Ein Gastwirt in Eichenau bemühte sich schon seit längerer Zeit vergebens um die Konzession für eine Gasträte. Auf Anfrage wurde ihm schließlich erklärt, daß ihm die Konzession nicht erteilt werden könne, solange er deutschen Vereinen die Benutzung seiner Räume erlaube. Daraufhin sah sich der Gastwirt gezwungen, den betreffenden Vereinen, und zwar einem Turnverein, einer Kriegsverleihvereinigung und einem Kirchenchor, die Abhaltung ihrer Versammlungen und Übungen in seinem Haus zu verbieten.

Im Rahmen der vom Deutschen Kulturbund in Tarnowisch durchgeführten Hochschulwoche sollte u. a. Prof. Dr. Seidensticker von der Hochschule für Lehrerbildung in Hirszberg über ein spippenkundliches Thema sprechen. Dem deutschen Gelehrten wurde von den polnischen Behörden aus unbekannten Gründen die Einreise genehmigung nach Polen verweigert. Es ist dies wieder einer der häufigen Fälle, in denen der deutschen Volksgruppe in Polen bei ihrem selbstverständlichen Bestreben, am geistigen Leben des Mutterlandes teilzunehmen, von Seiten der polnischen Staatsstellen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. — Dem Arzt Dr. Walter Uettl in Piasniki, der deutscher Reichsangehöriger ist, wurde von der Gesundheitsabteilung der Tarnowischer Wojewodschaft mit sofortiger Wirkung die weitere Ausübung seiner ärztlichen Tätigkeit untersagt. Dass diesem Arzt, der seit 1919 in Piasniki wirkte, seine Praxis bereits mit Wirkung vom 15. September entzogen worden ist, obwohl ihm zunächst die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung bis zum 1. Dezember d. J. erteilt worden war, geht anscheinend auf den Brudern gewisser polnischer „Kollegen“ zurück.

Am 26. September fand in Tarnowisch eine deutschfeindliche Kundgebung statt, über die im Wojewodenblatt, der „Polska Zachodnia“, begeistert berichtet wurde. Die Hetzkrede des Professors Piasecki vom polnischen Gymnasium in Tarnowisch, wurde von der aufgepusteten Masse immer wieder durch Zurufe wie „Raus mit den Deutschen!“ unterbrochen. Zum Schluß wurde eine Entschließung folgenden Wortlautes verlesen:

„Wir verlangen Anwendung der gleichen Mittel gegen die deutsche Minderheit in Polen, wie sie gegen die Polen in Deutschland angewandt werden (?),  
ein Verbot, deutsche Zeitungen in Polen zu verkaufen,  
Beschränkung der Genehmigungen zur Reise nach Deutschland,  
Auflösung der deutschen Mittelschulen und Volkschulen bis auf die Zahl der polnischen Schulen in Deutschland, insbesondere Auflösung des deutschen Gymnasiums in Tarnowisch,  
Aufhebung der deutschen Gottesdienste,  
Ausweisung der deutschen Optanten, da auch aus Deutschland Polen ausgewiesen werden (?),  
Entziehung der Unterstützung (?) für Deutsche, die nach Deutschland geflüchtet sind,  
Porzellierung der Dommermardischen Güter,  
Kürzung der Polizeistunde für die deutschen Lokale und Entziehung sämtlicher an Deutsche erteilten Konzessionen,  
Beseitigung der deutschen Aufsichtsbeamten in öffentlichen Lokalen,  
Auflösung der deutschen Organisationen.“

Gleichzeitig verlangen wir eine entschiedene Haltung gegen Danzig, denn es muß die Stärke und Macht unseres Staates fühlen. Wir können nicht dulden, daß die Danziger Behörden polnische Bürger (?) verhaftet und polnische (?) Kinder mit Gewalt (?) zum Besuch der deutschen Schule zwingen. Der Übermut des Danziger Esels (!) muß gebändigt werden."

Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, daß die polnischen Behörden bereits dabei sind, die hier aufgestellten Forderungen einer verhegten Masse in die Tat umzusetzen. Deutschfeindliche Kundgebungen wie diese in Tarnowisch fanden während der letzten Wochen auch in zahlreichen anderen Orten Ostoberschlesiens statt.

... Wenn wir schon bei den Wojewoden sind, so darf der Widerspruch nicht außer acht gelassen werden, der zwischen der Politik des Ministers Beck und der des Wojewoden Grajynski besteht. Man kann entweder dem einen oder dem anderen Recht geben, doch über eines muß man sich klar sein, daß Herr Beck alles Mögliche tut, um mit unserm deutschen Nachbarn friedlich zusammenzuleben, daß Dr. Grajynski aber keine Gelegenheit vorbeigeht, um die deutsch-polnischen Beziehungen zu verschärfen. Wenn heute Minister Beck (bei seinen Verhandlungen mit Deutschland) auf Schwierigkeiten stößt, so sind diese Schwierigkeiten einerseits dem in den inneren Verhältnissen Polens herrschenden Chaos, andererseits der Politik des schlesischen Wojewoden zuzuschreiben." Der „Gaz“<sup>1</sup>, der diese Sätze geschrieben hat, hat damit sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß auf deutscher Seite aller Anlaß besteht, den gelegentlichen polnischen Versicherungen einer Annäherungsbereitschaft an Deutschland Misstrauen entgegenzubringen, solange auf polnischer Seite noch Leute wie der Wojewode Grajynski als außenpolitisch tragbar angesehen werden.

## Über den polnischen Antisemitismus

„Polen ist nicht antisemitisch. Der Schlüssel des jüdischen Problems ist eine wirtschaftliche und soziale, nicht aber eine politische Frage“. Mit diesen Worten hat Oberst Beck im Februar d. J. die Einstellung der polnischen Oberschicht zur Judenfrage charakterisiert. Es wird vielleicht manchen, der die häufig durch die deutsche Presse gehenden Notizen über judefeindliche Ausschreitungen, über den Ausschluß der Juden aus Berufs-, Wirtschafts- und sonstigen Verbänden und über ähnliche Vorgänge in Polen gelesen hat, wundern, wenn festgestellt wird, daß die Erklärung des Obersten Beck auch heute noch ihre Richtigkeit hat. Es ist eine gründliche Erkennung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn man den polnischen Antisemiten, die an jüdischen Geschäften die Fenster einschlagen, die zwangsweise Entfernung der Juden aus Polen verlangen, die Entjudung der Hochschulen fordern u. a. m., eine der deutschen Einstellung zur Judenfrage entsprechende Haltung nachsagt. Dem polnischen Antisemitismus fehlt das die deutsche Einstellung vor allem bestimmende Element: die Ablehnung des Judentums aus rassischen Gründen, aus Gründen der inneren und äußeren Sauberkeit.

Für den polnischen Antisemitismus ist das Judentum auch heute noch im wesentlichen nichts anderes als ein wirtschaftliches und soziales und allenfalls auch ein religiöses Problem. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß das polnische Judentum in seiner Masse eine in sich abgeschlossene, christfeindliche Religionsgemeinschaft darstellt, daß es durch seine Zusammenballung in den mittel- und ostpolnischen Städten das Hochkommen eines polnischen Handwerkerstandes verhindert, daß es der polnischen Intelligenz den Zugang zu den von ihm überseemdeten freien Berufen versperrt. Hinter dem Bewußtsein dieses täglich fühlbaren materiellen und konfessionellen Gegenlasses tritt das Bewußtsein der rassischen Andersartigkeit weitgehend zurück. Und selbst dort, wo, wie es in letzter Zeit mehrfach geschehen ist, von politischen und sonstigen Organisationen neue antisemitische Programme aufgestellt werden, wird es

in der Regel noch immer vermieden, von den Juden als von einer fremden Rasse, einer artfremden Blutsgemeinschaft, zu sprechen. Der grundfäßliche Unterschied, der im deutschen Volksbewußtsein sowohl wie in der deutschen Gesetzgebung zwischen dem Juden als einem Angehörigen einer fremden Rasse und etwa dem Polen als einem Angehörigen eines artverwandten Volkes gemacht wird, ist daher der polnischen Auffassung fremd. Dem polnischen Antisemitismus liegen im wesentlichen dieselben Gefühle und Überlegungen wie der polnischen Deutschenfeindschaft zugrunde. Zum ersten Male ist es wohl fürglich von Seiten des Verbandes „Das Junge Polen“ geschehen, daß das Judentum in der programmatistischen Erklärung einer politischen Organisation nicht bloß als religiöser, wirtschaftlicher und politischer, sondern auch als ein rassischer, unassimilierbarer Fremdkörper im polnischen Staate erkannt und hingestellt worden ist. Von einer solchen grundsätzlichen Erklärung bis zur praktischen Verarbeitung im Sinne dieser Erklärung ist es freilich noch weit.

Die Forderung, auf die sich die antisemitischen Kreise Polens geeinigt haben, ist die Entjudung des polnischen Staates durch die Fortierung der jüdischen Emigration. Diese Forderung wird am heftigsten von den Nationaldemokraten und den Nationalradikalen vertreten; sie findet sich im Programm des Logos der nationalen Einigung wieder; und auch die offizielle Außenpolitik Polens hat sich diese Forderung zu eigen gemacht. Freilich bestehen weitgehende Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Mittel polnischerseits zur Anwendung gebracht werden können, um mehrere Millionen Juden aus der Nützlichkeit einer möglichst beschleunigten Emigration am wirksamsten zu überzeugen. Oberst Beck hat das Problem infosofern richtig angefaßt, als er zunächst einmal die Frage zu klären versucht, wohin die jüdischen Massen, die man aus Polen zu entfernen gedenkt, eigentlich auswandern sollen. Vor dem Kriege wanderten jährlich rund 65 000 Juden aus dem heutigen polnischen Staatsgebiet aus. Die Einwanderungsbeschränkungen, die nach dem Kriege in den meisten überseelischen Ländern eingeführt wurden, haben die jüdische Emigration zum Stillstand gebracht. Das polnische Interesse an den Ereignissen in Palästina ist also begreiflich. Doch hat Oberst Beck bisher in dieser Hinsicht kaum praktische Erfolge erzielt. Dass seine wiederholten Interventionen irgendwie auf die britischen Entscheidungen in der Palästina-Frage eingerichtet haben sollen, istangesichts der weitgehenden Uninteressiertheit des Foreign Office an der Judenfrage in Polen von vornherein wenig wahrscheinlich. Und seine Bemühungen, im Völkerbund Interesse für die polnischen Sorgen und Wünsche zu wecken, haben dort bisher nur unwilliges Erstaunen hervorgerufen vermocht.

Die polnischen Chancen bezüglich einer Erweiterung und Beschleunigung der jüdischen Emigration sind also gering. Die Zahl der jährlich aus Polen auswandernden Juden ist weit geringer als die Zahl der in Polen jährlich geborenen Juden. Polen wird sich also selbst dann, wenn man von der wenig wahrscheinlichen Annahme ausgeht, daß sich die jüdische Emigration um ein Mehrfaches steigern läßt, auf die Tatsache einstellen müssen, daß die Juden noch auf Jahrzehnte hinaus einen erheblichen Teil seiner Bevölkerung bilden. Das aber bedeutet, daß Polen, um den schädlichen Einfluß des Judentums auf sein wirtschaftliches, politisches und kulturelles Leben und auf den rassischen Bestand des polnischen Volkes zu mindern, sich zu einer energischen und eindeutigen Aktion gegen das Judentum aufzurichten muß. Die polnische Stellung ist hierbei freilich nicht günstig. Denn das Judentum hält in Polen wichtige wirtschaftliche Positionen besetzt; es bildet durch seine Masse, durch seine offensichtliche Sympathie mit dem Bolschewismus und durch die Rückendeckung, die es am Weltjudentum findet, einen politischen Faktor, der von der polnischen Regierung durchaus ernsthaft in Rechnung gestellt werden muß. Es kommt hinzu, daß die Masse des polnischen Volkes das Judentumproblem in seiner ganzen rassischen Bedeutung noch nicht erkannt hat, und daß es einflußreiche Kreise nicht nur in den Reihen der politischen Opposition, sondern auch in der Regierung selber gibt, die sich schüidend vor das Judentum stellen oder die doch, wenn sie sich — der Volkstümlichkeit wegen — nach außen hin als Antisemiten bekennen, aus diesen oder jenen Gründen ein Interesse daran haben, die etwa gegen das Judentum gerichteten Maßnahmen zu sabotieren. So hat sich z. B. die fürglich ins Leben gerufene Polnische Demokratische Front, die auch Teile des Regierungslagers umfaßt, in einer programmatistischen Erklärung als philosemitisch bekannt!

# Polonisierung deutscher Familiennamen

Einen bemerkenswerten Beitrag zu der Frage der Polonisierung deutscher Familiennamen hat der „Danziger Vorposten“ in seiner Nummer vom 28. August d. J. geliefert. (Siehe auch „Ostland“ Nr. 22/1936, Seite 321, und Nr. 13/1937, Seite 243.) Das Blatt weist einleitend darauf hin, wie die polnische Propaganda seinerzeit in Versailles versucht hat, unter Hinweis auf das Adressbuch der Stadt Danzig, das einen verhältnismäßig hohen Vomhunderthalb polnischer oder polnisch klingender Familiennamen aufweist, den angeblich „polnischen Charakter“ dieser urdeutschen Stadt zu „beweisen“. Das Blatt erinnert dann an die bekannte Tatsache, daß in Westpreußen in der Zeit der polnischen Herrschaft von der nationalpolnischen Geistlichkeit (die ja damals die Personenstanderegister führte) zahllose deutsche Namen willkürlich in eine polnische Sprach- und Schreibform umgefälscht worden sind. Vor etwa 30 Jahren ist nun, wie das Blatt weiter vermerkt, in der Zeitschrift „Der Deutsche Herold“ eine Liste polnischer Familiennamen aus Westpreußen veröffentlicht worden, deren Träger einwandfrei nachweisen konnten, daß ihre Vorfahren einmal deutsche Namen getragen haben. Aus dieser Liste hat der „Vorposten“ eine Auswahl von etwa 150 Namen wiedergegeben und an Hand des Danziger Adressbuches von 1934 hinzugefügt, wie häufig die betreffenden Familiennamen in Danzig vertreten sind. Diese Aufstellung, aus der im Folgenden wiederum einige Beispiele angeführt werden sollen, (an erster Stelle der ursprüngliche deutsche, an zweiter Stelle der heutige polnische Name, dahinter in Klammern die Häufigkeit des Vorkommens dieses polnischen Namens im Danziger Adressbuch) gibt einen kleinen Einblick in den Umfang der Namenspolonisierung, die sich in früheren Jahrhunderten im Osten vollzogen hat.

- von Weiß — Bialke (18)  
Bläske und Blaschke — Blaaszkoński (1)  
von dem Boeme — Brodzki (1)  
von Brünnecke — Bronk (1)  
Birk — Brzaska (7)  
von Beiden — Biutowski (5)  
von Büchan — Buchowski (2)  
Zimmermann — Ciaslik (2) u. Ciesielski (3)  
Scheu — Czaja (10)  
von Massow — Czadnochowksi (1)  
von Branke — Deminski (2)  
Daschke — Daszkowski (5)  
Döpke — Depta (1)  
von Fuchs — Dusli (9)  
Ebert — Ebertowski (4)  
Gedmann — Gertmannski (2)  
von Gnadkau — Golombienksi (20)  
von Reimann — Golombienksi (12)  
von Lehwald und von Sternberg —  
Goemp (10)  
von Becker — Gotkowksi (3)  
von Windesk — Gęzbowksi (4)  
Hammer — Hamerksi (3)  
von Eichholz — Iablonski (1)  
Karge — Karpinski (11)  
Rochenstein — Kochanksi (17)
- von Goldstein — Kosowksi (6)  
Schmied — Kowalese (2)  
von Kreuzberg — Krupka (2)  
Blum — Kwiatkowski (29)  
Meyer — Majerowksi (4)  
Mischke — Mischzenksi (4)  
von Braunschweig — Milczenksi (1)  
Noske — Noskowicz (1)  
Neumann — Nowicki (1)  
von Dieck und von Dell — Pióch (62)  
Preuß — Pruszak (2)  
von Horn — Rogowksi (14)  
von Grüttsche — Rybicki (2)  
von Ralkestein — Stolinski (1)  
Hecht — Szczukowski (1)  
von Schönbeck — Szembek (4)  
Schmidt — Symt (1)  
Biehmann — Szymonksi (26)  
Thomas — Tominski (3)  
von Rothe und von Straß — Trzinski (2)  
von Wensling — Waldorowski (2)  
von Zellen — Wilczewski (5)  
von Wildau — Wilkowksi (6)  
von Bieberstein und von Kurzbach —  
Janowksi (1)  
von Schmudde — von Smuda (1)

Außer zahlreichen anderen sind im „Danziger Vorposten“ noch Duhende von Adelsgeschlechtern erwähnt, die ihren ursprünglichen deutschen Familiennamen aufgegeben und sich neue, polnische Namen beigelegt haben, die zumeist der Bezeichnung ihrer jeweiligen Besitzungen entlehnt worden sind. So sind die von Oppeln aus Bronikow zu Bronikowski geworden, die von Schäßlin aus Czarlin zu Czarlinski, die von Butech, von Preuß und von Wittken aus Czartnowo zu Czarnowski, die von Bach aus Gowin zu von Gowinski, die von Löwe aus Kiedron zu von Kiedrowski, die

von der Bach und von Büffel aus Kolkau zu Kolkowski, die von Schlewig und von Bystram aus Konitz zu Konarski, die von Silberschwecht aus Laschewitz zu von Lazzenski, die von Niechen aus Koschau zu von Koźcielowski, die von Hollik aus Lebno zu von Lebiniski, die von Mack, von Rüdigisch und von Stendek aus Modrow zu von Modrzewski, die von Fröhische aus Rekow zu Rekorowski, die von Ollerfeld aus Rybiniec zu Rybinski, die von Helden und von Brant aus Sarnowo zu von Sarnowski, usf.

Die Beispiele könnten seit lang fortgeführt werden! Die Sippensforschung fördert täglich neue Belege dafür zutage, daß in früheren Zeiten ungezählte deutsche Familiennamen polonisiert worden sind, und zwar — was nicht übersehen werden darf — in den meisten Fällen ohne eigentliches Zukun oder gar gegen den Willen ihrer Träger! Aktionen, wie sie im Laufe dieses Jahres vom polnischen Westverbund in Oberschlesien durchgeführt worden sind, hat es auch schon in früheren Zeiten gegeben. Nur haben sie damals, in einer Zeit ungefähriger Familiennamen, wohl weniger Aufsehen erregt als heute!

## Neue Angriffe auf Danzig

Seit 1933 ist die Regierung der Freien Stadt Danzig bemüht, das Verhältnis zu Polen ohne die Anspruchnahme des Völkerbundes zu ordnen. Dieses Verfahren hat sich grundätzlich bewährt, und zwar infolge, daß das Verhältnis zwischen Danzig und Polen aufgehört hat, ein Handelsobjekt der in Genf versammelten, an der Sache selbst zumeist mehr oder weniger uninteressierten Mächte zu bilden. Das Verfahren steht, wenn es zu einer tatsächlichen Beruhigung führen soll, aber voraus, daß der deutsche Charakter und die staatliche Selbständigkeit der Freien Stadt von Polen als unbestreitbare Tatsachen anerkannt werden. Diese Voraussetzung ist nicht gegeben. Die Ereignisse der letzten Wochen haben das von neuem bewiesen.

Ende August sind auf Veranlassung des Danziger Senates etwa ein Dutzend Kinder, die zu den polnischen Minderheitsschulen angemeldet worden waren, in deutsche Schulen umgeschult worden. Um diese Maßnahme verstehen zu können, muß ein wenig weiter ausgeholt werden. Es hat sich in den betreffenden Fällen um Kinder gehandelt, deren Väter bei der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig angestellt sind. Tatsache ist nun, daß diese polnische Stelle im Laufe der Jahre tausende deutscher Eisenbahner, die sich treu zu ihrem Volkstum bekannten, entlassen und manche andere durch wirtschaftliche Drohungen oder Versprechungen dazu gezwungen oder verleitet hat, ihre Kinder den polnischen Schulen anzuhören. Der Danziger Senat hat also der Tatsache gegenübergestanden, daß die der polnischen Sprache unkundigen Kinder deutscher Eltern in polnischen Schulen der Gefahr der Entdeutschung ausgesetzt sind. Dass die Väter zum Teil in polnischen Vereinen Mitglieder sind, kann nicht als Beweis gegen ihre eigene deutsche Volkszugehörigkeit und gegen die ihrer Kinder angeführt werden; denn es ist in jedem einzelnen Falle festgestellt worden, daß ihre Mitgliedschaft in diesen Vereinen genau so wie die polnische Einschulung ihrer Kinder von polnischer Seite durch wirtschaftlichen Druck erpreßt worden ist.

Der Danziger Senat hat dem demokratisierenden Seelenkauf der polnischen Eisenbahnverwaltung durch eine Verordnung einen Riegel vorzuschieben versucht, derzufolge diejenigen Schüler, die zur polnischen Schule angemeldet werden, daraufhin geprüft werden, ob diese Einschulung nicht auf einem anderen Grunde als dem der Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum beruht. Demgemäß hat der Senat bei Beginn des Schuljahres in einer Reihe von Fällen gegen die Einschulung in polnische Schulen Einwendungen erhoben und auf gütlichem Wege eine Einigung mit den polnischen Stellen herbeizuführen versucht. Auf polnischer Seite aber hat man sich offensichtlich gescheut, sich über die Methoden, mit denen im Gebiete der Freien Stadt Kinder für die polnischen Schulen angeworben werden, zu äußern. Jedenfalls hat man von dem Danziger Angebot sich über die strittigen Fälle zu unterhalten, keinen Gebrauch gemacht. Der Danziger Senat hat darauf, durch keinerlei vertragliche Bindungen mehr beschränkt, die Angelegenheit von sich aus in der erwähnten Weise entschieden. Er hat nichts anderes getan, als

deutschen Kindern, die die unschuldigen Opfer der wirtschaftlichen Bedrängnis ihrer Eltern zu werden drohten, das Recht auf deutsche Schulerziehung zu sichern. Es muß dazu bemüht werden, daß das Verfahren des Danziger Senates keineswegs als ein grundsätzliches Bekennen zur Bestimmung der Volkszugehörigkeit nach den sogenannten „objektiven Merkmalen“ zu werten ist. Das Verfahren ist vielmehr durch die ungewöhnliche Lagerung gewisser rechtlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse in der Freien Stadt Danzig bedingt.

Der Schritt des Senates hat in der polnischen Presse ein Echo gefunden, daß für die Einstellung Polens zu Danzig so bezeichnend ist, daß es durch einige Beispiele charakterisiert zu werden verdient. Da ist u. a. von förmlichen Jagden die Rede gewesen, die die Danziger Polizei auf die „polnischen“ Kinder gemacht haben soll. Es sei wirklich schwer, hat es im „Słowo Pomorskie“ geheißen, „ein klares Beispiel des germanischen Uebermutes“ zu finden. Der „Gontic Warzawski“ hat gemeint, daß Polen das Danziger Vorgehen mit der „Zermalmung der deutschen Minderheit in seinen Grenzen“ beantworten müsse. Das „Wę“ hat von „zywnischen, unverschämten Herausforderungen“ gesprochen, die Polen „nur mit Faustschlägen beantworten“ könne. Und der „Ilustrowany Kuryer Codzienny“ hat der polnischen Regierung empfohlen, dem Danziger Senat „mit der Faust in die Fresse zu hauen“. Es hat keine polnische Zeitung gegeben, die auch nur den Versuch gemacht hätte, die Dinge so zu sehen, wie sie tatsächlich sind. Und kein polnisches Blatt hat so viel Unstand befreien, zuzugeben, daß es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Danziger Regierung ist, den deutschen Kindern einen Schulunterricht in deutscher Sprache und im deutschen Geiste sicherzustellen.

Die Ausfälle der polnischen Presse haben die Danziger Regierung gezwungen, einige dieser Blätter für das Gebiet der Freien Stadt zu verbieten. Sie hat, um die Durchführung des Verbotes zu überprüfen, die Briefträger der polnischen Post in Danzig kontrollieren und die von diesen trotz des Verbotes ausgetragenen Zeitungen beschlagnahmen lassen. Das hat auf polnischer Seite eine neue Welle von Schmähungen und Verleumdungen zur Folge gehabt. Es liegt auch in diesem Falle klar auf der Hand, daß es das selbstverständliche Recht der Danziger Regierung ist, innerhalb ihres staatlichen Machtbereichs für die Durchführung ihrer Anordnungen Sorge zu tragen.

Wenn Polen gegen die Einschulung deutscher Kinder in deutsche Schulen und gegen die Beschlagnahme verbotener Zeitungen durch die Danziger Regierung Einspruch erhebt, so bedeutet das nichts anderes, als daß es den deutschen Charakter und die staatliche Selbstständigkeit der Freien Stadt nicht anzuerkennen bereit ist. Daß das tatsächlich so ist, das hat Henryk Strasburger in seiner Schrift „Sprawa Gdańskia“ („Die Danziger Frage“) bewiesen. Das hat das aggressive Verhalten der polnischen Vertreter auf dem Historikertagess in Riga im August d. J. gezeigt. Das geht aus dem ammaßenden Auftreten des diplomatischen Vertreters Polens in Danzig hervor. Das lehrt vor allem der rüde Ton der polnischen Presse, die unbehindert von der Warschauer Regierung ihre feindseligen Gefühle gegen das deutsche Danzig und seine Regierung in rohen Pöbelien abregiert. Die Art, wie von polnischer Seite geringe Anlässe aufgebaut und Tatsachen umgefalscht werden, legt die Vermutung nahe, daß man dort eine Befriedung des Verhältnisses zu Danzig nicht wünscht. Es ist nicht zu übersehen, daß ein solches Verhalten der Klugheit der polnischen Propagandisten kein besonders gutes Zeugnis aussstellt. Denn es ist doch klar, daß die fortgesetzten Angriffe gegen Danzig auf der Gegenseite die Vorstellung von einer gewissen Labilität der territorialen Verhältnisse wachzurufen geeignet sein können. Und es kann zum mindesten zweifelhaft sein, wer am längeren Hebel sitzen würde, wenn einmal auf die fortgesetzten Provokationen der polnischen Propaganda von der Gegenseite mit entsprechenden Mitteln geantwortet würde.

---

Es ist behauptet worden, daß in Oberschlesien die polnische Nationalität vorherrsche. Als Bewohner Oberschlesiens behaupte ich, daß wir keine dergleichen Nationalität besitzen. Die benachbarten Polen sehen uns nicht als Brüder an. Wir Oberschlesier wollen nur als deutsche Brüder, als Preußen angesehen und behandelt werden.

Abgeordneter Justizrat Wodiczka 1848 im Vereinigten Landtag.

# Eine völkopsychologische Lektion

Die Regierung in Kauen hat in ihrer Memelpolitik schon des öfteren bewiesen, daß sie die Konsequenzen ihres Handelns nicht hinreichend zu übersehen vermag. Durch ein Gesetz, das vor kurzem in den „Vtoriausbes Jino“ veröffentlicht worden ist, hat sie die Richtigkeit dieser Beobachtung von neuem bestätigt. Dieses Gesetz verfügt „für Zwecke des Heeres, des Verkehrs, des Häusers und des Volkes“ die Enteignung eines in und bei Memel gelegenen Geländekomplexes von insgesamt 440 Hektar. Von der Enteignung werden 24 reichsdeutsche und memeldeutsche Besitzer betroffen. Es beleuchtet den Charakter der litauischen Fremdherrschaft im Memelgebiet, daß das „Memeler Dampfboot“, die einzige noch nicht verbotene deutsche Zeitung dieses Gebietes, gezwungen worden ist, die deutschfeindliche Erklärung der litauischen Telegraphenagentur zu dieser Frage abzudrucken, also gegen die eigenen Interessen Propaganda zu treiben. Die Angelegenheit hat eine wirtschaftliche, eine rechtliche und eine politische Seite.

Die wirtschaftlichen Rechtfertigungsversuche, die von litauischer Seite für den Bodenauf vorgebracht werden, tragen den Stempel der Unglaublichkeit an sich. Es ist angeblich geplant, den Memeler Flughafen zu erweitern, ein Trockendock zu errichten, den Hafen zu vergrößern, das Eisenbahnnetz am Hafen auszubauen, Speicher und Käferen sowie einen neuen Bahnhof zwischen Memel und Karlsberg zu bauen. Selbst wenn man annimmt, daß diese litauischen Angaben der Wahrheit entsprechen (wogegen keine Veranlassung vorliegt), läßt sich der Umfang der Enteignungsaktion damit in keiner Weise begründen. Der enteignete Geländekomplex übertreift an Ausdehnung die bebaute Fläche der über 50 000 Einwohner zählenden Stadt.

Was die rechtliche Seite der Enteignung anlangt, so versteht das Gesetz eindeutig gegen die Bestimmung des Memelstatuts. Artikel 32 Abs. 1 des Statutes bestimmt, daß Enteignung nur zulässig ist „aus Gründen des öffentlichen Wohles und unter der Bedingung einer vorgängigen gerechten Entschädigung und nur auf Grund der Gesetze und ohne daß den Bestimmungen des vorliegenden Statuts Abbruch geschehen darf“. Dieser letztere Passus bezieht sich auf den Artikel 5 Ziffer 9, wo es heißt, daß die bürgerliche Gesetzgebung einschließlich des Eigentumsrechtes (also auch einschließlich des Enteignungsrechtes) zur Zuständigkeit der autonomen Regierung des Memelgebietes gehört. Es ist dennoch ausschließlich Sache der Regierung des Memelgebietes, nicht aber Sache der Regierung in Kauen, darüber zu entscheiden, ob und was enteignet werden soll, und zu prüfen, ob ausreichende Gründe des öffentlichen Wohles vorliegen und welche Entschädigung angemessen erscheint. Auch der bekannte Verfasser des großen litauischen Kommentars zum Memelstatut, Prof. Robinson-Kauen, hat ausdrücklich festgestellt, daß die Verfüzung von Enteignungen im Memelgebiet, besonders aber deren Durchführung den autonomen Behörden dieses Gebietes zusteht. Die Rechtslage ist vollkommen klar. Die einzige zuständige Stelle, das Direktorium des Memelgebietes, ist mit dem Gesetz vor dessen Erlass überhaupt nicht besetzt, und das Gesetz nachträglich vom Direktorium abgelehnt worden. Es entbehrt also der rechtlichen Basis und ist als ein Gewaltakt zu werten, der mit dem Sinn und Wortlaut des Statuts, also eines zwischenstaatlichen Vertrages, in Widerspruch steht.

Aus der wirtschaftlichen Unbegründbarkeit und der rechtlichen Unhaltbarkeit des Gesetzes ergibt sich dessen politische Seite. Der „Völkische Beobachter“ hat zu dieser Seite des Gesetzes in einer Weise Stellung genommen, die überall dort verstanden werden dürfte, wo keine politischen Selbstmörder verantwortliche Regierungsposten bekleiden. Kauen, so heißt es da, möge sich reiflich überlegen, daß die Memeler Gewaltakte einen Rückzug des deutschen Gross von den litauischen Eigenentwicklungen bedeuten können; Litauen zerstöre durch diese Akte den Glauben an seine Fähigkeit zur Realpolitik, mit der man in Kauen so gern kokettiert. Darüber hinaus verliere es den Anspruch, von der internationalen Offentlichkeit in seinen Handlungen nach rechtlichen Maßstäben gemessen zu werden. Entweder, so heißt es dann weiter, übernehme

Litauen die Verantwortung für die Memeler Enteignungen; in diesem Falle entpuppte sich die gesamte Entspannungspolitik als Vorwand, hinter dem man auf kaltem Wege die Anfästung des deutschen Volkstums, die man offen nicht mehr wage, durchführen wollte, — ein typisch östlicher Dreh, der Litauen in der Skala der als anständig geltenden Nationen um ganze Klassen zurückwarf. Doch aber Litauen sei eben nicht der konsolidierte Staat, für den es sich ausgabe, d. h. es sei auf Grund innerer widerstreitender Kräfte unfähig, eine Politik konsequent durchzuführen, zu der es sich in flaten Momenten entschlossen habe. In beiden Fällen müsse der West Litauen als politisch ernst zu nehmender Partner aus der Rechnung gestrichen werden. Das ist eine erstaunlich deutliche Sprache. Und es ist zu erwarten, daß es bei den Worten nicht bleiben wird. Das Deutsche Reich hat im Jahre 1937 ausreichende Mittel zur Verfügung, einer Einrichtung wie der Regierung in Rauen politischen Anstandsunterricht zu erteilen, — und zwar Mittel nicht bloß wirtschaftlicher Natur.

Lebzigens hat das Gesetz auch ein Gutes gehabt: Es hat die Aufmerksamkeit der deutschen Deffentlichkeit auf die Tatsache gelenkt, daß die durch das lange Schweigen der deutschen Presse über das Memelproblem in weiten Kreisen hervorgerufene Vorstellung von einer „normalen“ Gestaltung der Beziehungen im Memelgebiet eine Selbstläufung ist. Das Gesetz hat der deutschen Deffentlichkeit eine völkert-psychologische Lektion erteilt, von der man nur hoffen kann, daß die deutsche Deffentlichkeit sie in Zukunft gebührend beherzigen wird.

## Prag als tschechische Pressezentrale

Auf keinem Gebiete gleicht die Tschecho-Slowakei dem französischen Vorbild so sehr wie auf dem des Pressewesens. Während man sonst keineswegs sagen kann: „Prag ist die Tschecho-Slowakei“, besitzt die Prager Presse in der Tschecho-Slowakei doch eine ähnlich beherrschende Stellung wie die Pariser Presse in Frankreich, — wenn man von einigen wenigen nichttschechischen Provinzblättern absieht. In Prag wird im wesentlichen die gleiche Meinung des ganzen Landes gemacht. Sämtliche größeren tschechischen Blätter erscheinen in Prag. Täglich ergießt sich eine Flut von Zeitungen über diese 800 000 Einwohner zählende Stadt. Hinzu kommt: der Prager liest viel, freilich ebenso wahllos. Ermöglicht wird das besonders der Boulevard-Presse durch deren außerordentlich niedrigen Preis, der freilich durch ein außerordentlich schlechtes Papier, eine skrupellose Anzeigenpolitik und ein äußerst niedriges Niveau bedingt ist. Der Preis für die meisten Mittags- und Abendblätter beträgt 20 bis 30 Heller (das sind nach dem jetzigen Kursstand etwa 2 bis 3 Pfennig). Der Preis für die Morgenzeitungen, die eine weit geringere Auflage aufweisen, bewegt sich dagegen um eine Krone herum. Interessant ist, daß die Abendblätter gewöhnlich in der zehnten Morgenstunde erscheinen, die Mittagsblätter dagegen schon in den späten Abendstunden des vorhergehenden Tages. Noch etwas zum Neuerlichen: Während der Inhalt der Zeitungen durchaus nach französischem oder amerikanischem Muster sehr stark auf Sensation ausgerichtet ist, ist das Format der Zeitungen ganz das deutsche. Nur eine einzige Zeitung, die „*Narodni Listy*“, hat das größere französische Format. Noch in einem weiteren Punkte gleicht das tschechische Pressewesen dem deutschen, freilich dem von vor 1933: alle Zeitungen sind irgendwie parteipolitisch gebunden.

Im folgenden soll nun, nach Parteien geordnet, eine Übersicht über das tschechische Pressewesen gegeben werden: zunächst die Presse der nationalsozialistischen Partei, die, was zu beachten ist, mit der NSDAP nur den Namen gemein hat, im übrigen aber eine linsbürgertliche, freimaurerische Partei ist, etwa entsprechend den französischen Radikalsozialisten. Ihr gehörte bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten der langjährige Außenminister Dr. Benesch an. Das Hauptorgan dieser Partei ist das „*Geske Slovo*“ („Tschechisches Wort“); es wird herausgegeben vom Melantrich-Verlag. Eine besondere Bedeutung kommt diesem Blatte nicht zu. Weit bekannter und man kann schon sagen: berüchtigter ist seine Abendausgabe, das „*Vечерни Геске*

*Slov o*", das täglich in einer Auflage von etwa 300 000 Exemplaren erscheint. Entsprechend groß ist der Einfluß, den dieses Blatt auf die öffentliche Meinung ausübt. Die geradezu hysterisch deutschfeindliche Stimmung eines großen Teils der breiten tschechischen Masse ist sicher mit auf das Schuldtono dieses Blattes zu schreiben. Es kommt fast keine Nummer dieses Blattes heraus, die nicht irgend eine Sensationsnachricht über Deutschland enthält. Aus Deutschland berichtet das Blatt grundsätzlich nur über Mord, Sittlichkeitsverbrechen, Kirchenverfolgungen, Hungersnöte, Rohstoffknappheit, Unglücksfälle und dergleichen. Man kann da lesen, daß die Straßen der deutschen Städte vollkommen verdet seien, weil die Leute nicht mehr die Kraft hätten, sich zu bewegen; vor etwa zwei Jahren konnte man in diesem Blatt als große Sensation lesen, daß sich Adolf Hitler aus Angst vor Attentaten nie dem Volke zeige, sondern sich stets von einem aus Brasilien (?) stammenden Doppelgänger vertrete lassen. Dabei muß man bedenken, daß dieses Blatt ein Regierungsblatt ist, noch dazu eines, das dem Staatspräsidenten besonders nahesteht! In ähnlichem Sinne gehalten ist das ebenfalls im Melantrich-Verlag erscheinende Abendblatt „A. Zet“. Außerdem erscheinen in diesem Verlag noch einige Wochenzeitungen, Modes, Frauen-, und Wohlblätter.

In scharfer Konkurrenz mit dem Melantrich-Verlag steht der Zeitungskonzern des ehemaligen nationalsozialistischen Ministers *Stribeny*. In seinem Verlag erscheinen das „Poldni Líst“ („Mittagsblatt“), der „Expreß“, sowie das „Medeni Líst“ („Sonntagsblatt“) und das „Pondeli Líst“ („Montagsblatt“). Obwohl auch diese Blätter stark auf Sensationsnachrichte eingestellt sind, verhalten sie sich doch außenpolitisch, besonders Deutschland und Italien gegenüber, neutraler, was sich aus ihrer oppositionellen Haltung zur Regierung erklärt. Ein ausgezeichnetes nationales Bürgereblatt ist die „Politika“. Es verteidigt weitgehend, vor allem in den nationalpolitischen Fragen, die Politik der Regierung, ohne im eigentlichen Sinne im Regierungslager zu stehen. Den Forderungen des Sudetendeutschtums gegenüber verhält es sich ebenso unduldsam wie alle übrigen tschechischen Blätter. Journalistisch betrachtet, ist die „Politika“ eine der besten tschechischen Zeitungen; ihr Abendblatt ist der „Národ“ („Die Nation“).

Ein ausgesprochenes Partieiblatt sind dagegen wieder die nationaldemokratischen „Národní Lísty“, die lange Zeit das Zentralorgan der „Nationalen Vereinigung“ waren. In diesem Blatt ließ der im Frühjahr 1937 verstorbene erste Ministerpräsident der Tschecho-Slowakei Dr. Kramář seine sonntäglichen Leitartikel erscheinen. Das Blatt steht seit Jahren schon in schärfster Opposition zur Regierung. In außenpolitischer Hinsicht wendet es sich gegen deren sowjetfreundlichen Kurs, kann sich aber nicht zu einer neuen außenpolitischen Orientierung entschließen, sondern ist im wesentlichen auf der außenpolitischen Konzeption des Jahres 1919 stehen geblieben. Gegen das Sudeten-deutschtum verteidigt es den Standpunkt einer brutalen Unduldksamkeit. Im übrigen sind die „Národní Lísty“, journalistisch betrachtet, ein Blatt von Format. Im gleichen Verlag erscheint das Abendblatt „Vecerník Národních Lístů“.

Das Blatt der republikanischen (agrarischen) Partei ist der „Venkov“ („Das Land“). Es bemüht sich um eine sachlichere Beurteilung der außenpolitischen Lage. Als Blatt des Ministerpräsidenten verdient es Beachtung. Chefredakteur ist der Jude Dr. Kahanek. Das Abendblatt des Venkov-Verlages ist der „Vecer“ („Der Abend“). Zum Regierungslager gehört auch die gut ausgebauten katholisch Prese, die die Leitung des Jüden Dr. Alfred Šťučka unterstehen. Das Hauptblatt dieser Richtung sind die „Lidové Noviny“ („Volksblatt“) mit dazugehörigem Mittags-, Abends- und Sonntagsblatt. Ihrem Inhalt nach stehen diese Zeitungen der nationalsozialistischen Sensationspresse nahe. Soviel in ihnen von Deutschland die Rede ist, wird besonders getrauert natürlich über die „Christenverfolgung“ und das „Neubüdidentum“ im Dritten Reich berichtet. In innerpolitischen Angelegenheiten wissen die Blätter recht geschickt den katholischen Konfessionsstandpunkt zu vertreten. Ein Regierungsblatt von Format sind die „Lidové Noviny“ („Volkszeitung“), die dem Ustředním institutu nahestehen. Der Sitz des Blattes ist eigentlich Brünn, doch hat es auch in Prag eine Redaktion. Innenpolitisch steht es zwischen der nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Partei. Es ist ein ausgesprochen jüdisch-selmauerisches Blatt. Beachtlich ist, daß es eine maßgebende Stellung in der Literaturkritik einnimmt. Im ganzen kann man das Blatt etwa mit der früheren „Vossischen Zeitung“ vergleichen.

Natürlich besitzt auch die sozialdemokratische Partei ihre eigene, gut ausgebauten Presse. Das Zentralorgan dieser Partei ist das „Pravo lidu“ („Volksrecht“) mit dazugehörigem Abends und Morgenblatt. Vom journalistischen Standpunkt aus ist die tschechische sozialdemokratische Presse freilich ebenso schlecht wie es einst die reichsdeutsche war. Ueber ihre politische Einstellung braucht nichts gesagt werden. Selbstverständlich ergehen sich diese Zeitungen ständig in wütsten Beschimpfungen Deutschlands. Auch die kommunistische Partei besitzt ein ausgebautes Pressewesen. Ihr Zentralorgan ist das „Rude Pravo“ („Rotes Recht“) mit dem Abendblatt „Rudý večerník“. Hinzu kommt noch das Boulevard-Blatt „Halo Noviny“, das sich ähnlich wie weiland die Berliner „Welt am Abend“ an ein mehr kleinbürgerliches Publikum wendet. In der Innenpolitik ist die kommunistische Presse natürlich auch jetzt noch oppositionell, um die Anhänger bei der Stange zu halten, doch verteidigt sie seit dem Abschluß des tschechisch-sowjetischen Bündnisses den außenpolitischen Kurs der Regierung und unterstüzt deren wehrpolitische Maßnahmen.

Außer den genannten Zeitungen gibt es noch eine Reihe kleinerer Blätter. So besitzt auch die tschechische Gewerbe Partei eine eigene Tageszeitung „Narodni Stred“ („Nationale Mitte“). Von etwas größerer Bedeutung ist das Blatt der linksliegenden Legionärsverbände „Narodni Oslobodení“ („Nationale Befreiung“), das die politische Ideologie Masaryks und Beneschs vertritt. Als regierungsamtlichen Blättchen im Kleinformat sind noch zu erwähnen die im Staatsverlag gedruckten „Pragaské Noviny“ („Prager Zeitung“).

Besondere Beachtung verdient die große Zahl der deutschgeschriebenen Zeitungen Prags, deren es rund ein Dutzend gibt. Man muß betonen: deutschgeschriebene Zeitungen, denn deutsch in ihrer Haltung sind nur die wenigen von ihnen. Die älteste und bestausgebauten deutschgeschriebene Zeitung ist das jüdische „Prager Tagblatt“, in dessen Verlag außerdem die „Prager Abendzeitung“ und die „Morgenpost“ gedruckt werden. Hier deckt das Judentum seine Karten mit einer Freiheit und Offenheit auf, wie dies selbst vor 1933 in Deutschland nicht möglich gewesen wäre; das gilt besonders für Feuilleton und Anzeigenteil; in beiden gibt man sich schon nicht mehr die Mühe, zweideutig zu sein. Ein ausgesprochenes Sensationsblatt ist der von jüdischen Emigranten herausgegebene „Prager Mittag“, ein Blatt von vier Seiten Umfang, von denen zwei Anzeigen enthalten. Seine wirtschaftliche Lage ist sicher nicht rosig.

Als tschechisches Regierungsorgan anzusehen ist die im halbamtl. Orbis-Verlag erscheinende „Prager Presse“. Sie wird auf Staatskosten an alle ausländischen Reisebüros und dergleichen zu Propagandazwecken versandt. Inhaltlich beschäftigt sie sich auf drei Viertel ihres Raumes mit Deutschland, wobei sie reichliche Anleihen bei der Emigrantenpresse macht. Jede Nummer dieses Blattes ist ein Beweis für die sogen. „korrekten“ Beziehungen, die nach den Worten Dr. Beneschs zwischen der Tschecho-Slowakei und Deutschland bestehen. Ebenfalls Regierungsblatt ist das im Staatsverlag gedruckte 20-Heller-Blättchen „Prager Abendblatt“.

Zu den ältesten deutschen Zeitungen Böhmens gehört die „Deutsche Zeitung Bohemia“. Sie war lange Zeit eines der führenden Blätter des Sudetendeutschstums, zumal des demokratischen Bürgertums. Es gelang ihr jedoch nicht, sich von jüdischem Einfluß freizumachen, weshalb sie einen großen Teil ihrer Bezieher an andere sudetendeutsche Blätter abgeben mußte. Heute wird sie namentlich von deutschdemokratischen Industriekreisen gehalten. Die übrigen in Prag erscheinenden deutschgeschriebenen Zeitungen sind in erster Linie die Organe bestimmter Parteien, angefangen von der kommunistischen „Roten Fahne“ und dem „Sozialdemokrat“, die sich in ihrer Einstellung zu Deutschland keineswegs von den marxistischen Blättern der entsprechenden tschechischen Parteien unterscheiden. Eine besondere Routine beweisen sie in der Verdächtigung und Denunzierung des völkischen Sudetendeutschstums. Da die „deutschen“ Sozialdemokraten seit vielen Jahren in der Regierung sitzen, muß der „Sozialdemokrat“ zur Regierungspresso gerechnet werden. Ebenfalls als Regierungsblätter anzusehen sind die Blätter der auf wenige Köpfe zusammengeschmolzenen deutschen Reiparteien, des Bundes der Landwirte, dessen Organ die „Deutsche Landpost“ ist, und der Christlich-Sozialen Partei, als deren Organ die „Deutsche Presse“ erscheint. Das leitgenannte Blatt ist ein außerordentlich überzeugendes Beispiel für die deutschfeindliche Arbeit des politischen Katholizismus.

Als wirklich deutsches Blatt ist somit von allen in Prag erscheinenden deutschgeschriebenen Zeitungen nur das Blatt der Sudetendeutschen Partei, die „Zeit“, anzusehen, die seit 1. Oktober 1935 erscheint und sich seitdem schon eine große Lesergemeinschaft errungen hat. Als Sprachrohr der Sudetendeutschen Partei, die bei den Wahlen im Mai 1935 70 v. H. aller sudetendeutschen Stimmen auf sich vereinigte, kommt ihr größte politische Bedeutung zu, so daß man die „Zeit“ heute als das führende Blatt des Sudetendeutschstums ansehen kann.

Der Blätterwald Prags ist also äußerst bunt. Es wird in Prag sehr viel geschrieben und gedruckt. Ein verantwortungsbewußtes Streben der Presse nach Volksziehung läßt sich jedoch nur sehr vereinzelt feststellen. Presse ist hier Geschäft. Die Hauptfahne ist, das Zeitungspapier auf möglichst unterhaltsame Weise zu bedrucken und an den Mann zu bringen: Für den Juden sicher ein sehr erfreulicher Zustand, den er denn auch nach Kräften auszunützen versteht.

Rudolf Urban.

## Ostland-Chronik

### Lehrer entlassen, Schule geschlossen

Einige Tage vor Beginn des neuen Schuljahres, am 27. August, wurde die gesamte Lehrerschaft der Deutschen Privatschule in Sompolno im Kongreßpolnischen Kreise Kolo durch ein Schreiben des Warschauer Schulkuratoriums vom Amt suspendiert. Durch diese Maßnahme werden fünf deutsche Lehrer und zwölf deutsche Kinder betroffen. Die Schule wird von der Evangelischen Kirchengemeinde Sompolno unterhalten. Die Suspensionsurteil wiede damit „begründet“, daß die Lehrer einen „schädlichen Einfluß“ auf die Kinder ausgeübt haben. Soviel die Lehrer, wie die Eltern haben gegen die Vergewaltigung der deutschen Schule Einspruch erhoben. Dagegen hat der Pastor der Evangelischen Kirchengemeinde Sompolno, der Name gat Kreuz, von dem ihm zustehenden Einspruchsschluß keinen Gebrauch gemacht. Der gleichfalls seines Amtes enthobene Schulleiter A. Breyer hat sich durch seine wertvollen Beiträge zur Geschichte des Deutschstums in Kongreßpolen in der wissenschaftlichen Welt einen Namen gemacht. — Auf Anordnung des Warschauer Kultusministeriums wurde der deutsche Lehrer Paul Pfleum von der öffentlichen Schule mit deutscher Unterrichtssprache in Paproc, Kreis Neutomischel, an die rein polnische Schule in Kluczeno, Kreis Kosten (Posen), versetzt. Es ist dies der neunte deutsche Lehrer aus dem Kreise Neutomischel, der auf diese Weise zwangsverschoben worden ist. Trotzdem das Schuljahr bereits am 3. September begonnen hat, hat die Deutsche

Privatschule in Neutomischel bis heute noch nicht die Genehmigung zur Aufnahme des Unterrichtsbetriebes erhalten, so daß die deutschen Kinder der Stadt seit Wochen ohne Unterricht sind. — Eine schwere Enttäuschung wurde den deutschen Eltern in Goldau (früher Ostpreußen) zuteil, als sie sich am 3. September mit ihren Kindern zum Beginn des Schuljahres in der Schule einfanden. Es wurde ihnen dort mitgeteilt, daß die deutsche Abteilung der Schule geschlossen worden ist und daß ihre Kinder daher den polnischen Klassen zugestellt werden. Die Schließung der deutschen Abteilung ist um so unverständlichlicher, als die Zahl der zu dieser Abteilung angemeldeten deutschen Kinder die vorgeschriebene Mindestzahl übersteigt.

### Mord, Raub, Brandstiftung

In Dembenke im Kreise Nakel wurde das Mitglied der Jungdeutschen Partei, Emil Bettin, am 19. September aus nichtiger Ursache von einem polnischen Schmied so schwer mißhandelt, daß er kurz darauf stirbt. Der ermordete Deutsche hinterläßt eine Frau und drei kleine Kinder. — In Deutch-Okonin im Kreise Lüchow wurde auf die deutsche Volksangehörige Alwine Paul ein Raubüberfall verübt. Sechs maskierte Banditen drangen in die Wohnung der Deutschen ein, mißhandelten diese und raubten die Barschafft. — In Sieben-schloßchen im Kreise Kolmar wurde an den Besitzungen der deutschen Volksangehörigen Emil Neumann und Erich Lonn Feuer angelegt. Zwei Scheunen

und ein Stall fielen mit allem lebenden und toten Inventar der Brandstiftung zum Opfer.

### Große deutsche Kundgebung in Kattowitz

Zum vierten Male trafen am 19. September die deutschen Turner und Sportler aus ganz Polen in Kattowitz zum sportlichen Wettkampf zusammen. Das Treffen gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung des deutschen Selbstbehauptungswillens in Polen. Den Aufmarsch des Festtages bildete ein Deutscher Abend in der mit den alten Wappen der oberschlesischen Städte und mit Spruchbändern geschmückten „Reichshalle“. Eine reichsdeutsche Leichtathletik-Mannschaft, die dieser Feierstunde bewohnte, wurde stürmisch begrüßt. Den Höhepunkt des Treffens bildete der Aufmarsch der 1 600 deutschen Turner und Sportler im Deutschen Stadion in Wilhelmsthal bei Kattowitz. Über 12 000 deutsche Volksgenossen wohnten den sportlichen Wettkämpfen, bei denen eine Reihe von Bestleistungen aufgestellt wurden, bei. Die turnerischen Massenvorführungen, Volksstämme usw., fanden immer wieder begeisterten Beifall. Den Ausklang bildete die Aufführung der Kantate „Unter Sternen wachsen Läden“, bei der ein Chor von mehr als 500 deutschen Jungen und Mädel mitwirkte. Von Seiten der polnischen Presse wurde, wie zu erwarten, das gewaltige Bekennnis zum Deutschtum, das dieser Massenaufmarsch bester deutscher Jugend bedeutete, mit wütenden Angriffen und niedrigen Verleumdungen quittiert.

### Die 15. deutsche Fischerfamilie ausgewiesen

Am 19. September traf eine weitere deutsche Fischerfamilie aus Hela, die von den polnischen Behörden ausgewiesen wurde, auf einem Fischkutter am Zopotter Seesteg ein. Die Familie wurde von dort, wie schon vorher die 14 anderen ausgewiesenen deutschen Fischerfamilien, nach Rügen befördert. Sie betrieb neben ihrem Fischergewerbe eine Metzgerei auf Hela; die 180 Tiere der Farm wurden gleichfalls ins Reich überführt.

### Unruhen in Polen

Vor einigen Wochen traten die polnischen Bauern, um ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, in den Lieferungskrieg. Im Hauptstreitgebiet, im mittleren Galizien, kam es dabei zu schweren Zusammenstößen zwischen auf-

ständischen Bauern, die mit tschechischen Waffen ausgerüstet waren, und Polizei. 32 Menschen wurden getötet. In Bielitz-Biala wurden kurz darauf in tagelang andauernden Unruhen nahezu sämtliche jüdischen Geschäfte von polnischen Demonstranten zerstört. In Warschau ereignete sich am 26. September, nachdem schon mehrere Tage hindurch politische Hochspannung mit Prügeleien, Fensterstürmen usw. geherrscht hatte, eine Serie von Attentaten und Überfällen. Bei den Tätern handelte es sich zum Teil um Truppen der bewaffneten „Schuhstaffeln“ des Verbändes „Das junge Polen“. Die Redaktion des „ABC“ wurde von 30 jungen Leuten überfallen; der Chefredakteur Zalecki wurde verprügelt. Am 26. September demonstrierte die sozialdemokratische Jugend, der sich einige Gruppen linkstradikaler Bauern anschlossen, durch die Straßen der Stadt. Es erklangen Hochrufe auf das Rote Spanien und die polnische Arbeiter- und Bauerrepublik, sowie Niederrufe auf das Regierungslager und die katholische Kirche. Während dieser Demonstration wurde von unbekannten Tätern eine Bombe geworfen, die in dem dichten Gedränge 20 Personen verletzte. Am gleichen Tage wurde vor der Tür der Redaktion eines Warschauer Boulevardblattes eine Bombe gesetzt, die noch rechtzeitig entfernt werden konnte. Ferner wurde auf ein Lokal des jüdisch-mazistischen „Bund“ ein Revolverattentat verübt. Bei dem Schießerei wurden mehrere Personen verletzt. Eine brennende Benzinsflasche, die gegen das Lokal geschleudert wurde, verfehlte ihr Ziel.

### Langsame Fortschritte der Motorisierung

Polen gehört zu den Ländern Europas mit den geringsten Kraftfahrzeugdichten. Am 1. Juli d. J. kam auf 834 Einwohner ein Fahrzeug. Es wurden an diesem Stichtag in ganz Polen 31 708 Kraftfahrzeuge gezählt (ohne die Wehrmacht). Das sind etwa 1 000 weniger als am 1. Januar 1931, aber fast 7 000 mehr als am 1. Januar 1936. Von den 31 708 Fahrzeugen sind 24 598 Personenwagen (darunter wiederum 4 614 Kraftdroschen und 1 675 Autobusse), 7 110 Lastwagen und 10 162 Krafträder. Die Dichte ist in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Während in der am schwächsten motorisierten Wojewodschaft Tarnopol ein Kraftfahrzeug auf 5 322

Einwohner kommt, entfällt auf die ehemals reichsdeutschen Gebiete, die nur 12 v. H. der Gesamtbevölkerung Polens umfassen, etwa ein Drittel aller Kraftfahrzeuge. *Herrwagen, Kr. Wilej, Litauen*

Polens. Auf Warschau entfallen etwa 22 v. H. Die Zahl der Kraftfahrzeuge ist seit 1936 wieder im Steigen. Die Erneuerung der veralteten und nicht mehr betriebsfähigen Fahrzeuge durch Neuan schaffung schreitet seit einigen Monaten verhältnismäßig rasch fort. Doch ist der Vomhundertsatz der „Invaliden“ immer noch hoch. An den Neuanschaffungen sind vor allem die Westgebiete Polens beteiligt. Hemmend für die Motorisierung Polens macht sich neben der allgemeinen geringen Kaufkraft der breiteren Volkschichten und auch der Intelligenz der schlechte Zustand der Straßen bemerkbar. Weiter fällt ins Gewicht, daß Polen keine eigene Kraftfahzeugindustrie besitzt, die Einfuhrzölle aber (gerade bei den für die polnischen Straßen am besten geeigneten mittelschweren Wagen) noch immer sehr hoch sind. Auch der hohe Preis für Betriebsstoff spielt eine Rolle. Die Garagenverhältnisse in den größeren Städten sind katastrophal. Die Fahrzeugebeschaffung ist außer in den Großstädten, die zum Teil ständige Vertretungen für die bekanntesten Markenwagen besitzen, mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Eine merkliche Erhöhung der Betriebskosten erwächst schließlich auch aus der allgemeinen

Ungesichertheit, die es geradezu unmöglich macht, einen Wagen unbewacht auf der Straße stehen zu lassen, ein Umstand, der es verständlich macht, daß die Zahl der Kleinstwagen zumeist von Chauffeuren gefeuert sieht. Unter diesen Umständen ist schwerlich mit einer raschen und starken Zunahme der Motorisierung in Polen zu rechnen, vor allem nicht in dem ehemals russischen Gebieten.

#### Copernicus-Preis für das Deutschtum in Polen

Die Reihe der von einem Deutschen Amerikaner ins Leben gerufenen Erfolgsungen für künstlerische und wissenschaftliche Leistungen des Grenz- und Auslandsdeutschlands wurde durch einen Copernicus-Preis erweitert. Demnach stehen nunmehr acht Preise zur Verfügung, darunter ein Herder-Preis für das Deutschtum im preußisch-polnischen Raum, ein Mozart-Preis für das österreichische Deutschtum, ein Eichendorff-Preis für das Sudetendeutsche, ein Hermann-von-Salza-Preis für das südostslawische Deutschtum und ein Copericus-Preis für das Deutschtum in Polen. Dieser letztere Preis soll 10 000 RM. betragen und alle zwei Jahre verliehen werden.

## Bücher über den Osten

Siebenbürgen Sachsen. Eine Wejenschaus. Von M. Orend. Verlag E. A. Seemann, Leipzig 1937. 131 Seiten mit 8 Bildern auf Tafeln. Preis kleinen 3,- RM. — Der Hermannsdörfer Verfasser hat hier versucht, einen Einblick in die Wesensart des deutschen Volksstamms Siebenbürgen zu geben. Gereites Volkstum, geschichtliche Tradition und landschaftliche Einflüsse haben dort, auf südost-europäischem Vorposten, einen eigenen deutschen Menschenbild zur Entwicklung gebracht, der sich bis auf den heutigen Tag trotz weitgehender Unterwanderung und wechselnder Staatslichkeit als das kulturell und wirtschaftlich unbedingt führende Volkstum des Landes zu behaupten gewußt hat. Wie sehr diese Behauptungskraft auf der bürgerlichen Verwurzeltheit und auf dem zähen Festhalten an den überkommenen Formen des völkischen Gemeinschaftslebens beruht, geht immer wieder aus der gewandten und liebervollen Darstellung Orends hervor, die das Wesentliche der Einstellung der Siebenbürgen Sachsen zu

den Fragen der Bildung und des Rechtes, der Kunst und der Wirtschaft, der Stadt und des Dorfes, der Ehe und der Gesellschaft, der Politik und der Religion usw. herausarbeitet bestrebt ist. Als einen Mangel der sonst in allen Teilen wohlgelungenen Schrift kann man vielleicht bezeichnen, daß sie fast ausschließlich das ländliche Dorf, nicht aber auch das städtische Deutschtum des Landes behandelt.

Die Rechtslage der Unitierten Evangelischen Kirche im Oberschlesien. Von Georg Laroun. Luther-Verlag, Breslau 1937. 41 Seiten Preis 1,- RM. — Die für das ostpreußische Deutschtum bedeutsame Frage der Rechtsstellung der Unitierten Evangelischen Kirche hat im Zusammenhang mit dem polnischen Gesetz vom 16. Juli d. J. die deutsche Öffentlichkeit in starkem Maße beschäftigt. In der vorliegenden Schrift wird die frühere Rechtslage der Kirche, die auf dem Beschlüsse der Kreissynode Pleß vom 6. Juni 1923, der

Notverordnung des Präsidenten der Unerierten Evangelischen Kirche vom 20. Juni 1923 und dem sich daran anschließenden Briefwechsel des Landeskirchenrates mit der Wojewodschaft betrafte, sowie das Gesetz vom 16. Juli d. J., das eine verfassungsmäßige Entstehung der evangelischen Kirche bedeutet, kritisch behandelt. Die Beschlüsse, Schreiben und Gesetze sind im Anhang im Wortlaut wiedergegeben. Die Schrift ist ein bedeutamer Beitrag zur Liedengeschichte der deutschen Volksgruppe in Polen. Nährige Angaben über die Geschichte der Unerierten Evangelischen Schule in Oberschlesien sind in der im gleichen Verlag erschienenen und in Deutschland durch H. G. Wallmann (Leipzig, Schubertstr. 400) zu beziehenden Schrift von Rudolf Schneider „Oberschlesisches Gedächtnisbuch“ enthalten. Auch auf diese Schrift sei hier verwiesen.

Dr. K.

Unser Staat und der Weltfriede. Von Janus Kuffner. Aus dem Tschechischen übersetzt von H. B. Wien, Verlag E. Etzlae, Wünsdorf (Bohmen) 1922, 32 Seiten mit 5 Karten. — Die Broschüre ist unter dem Titel „Mas stá a světový mír“ im Jahre 1918 in der Tschechischen Volksbuchhandlung A. Springer in Prag-Weinberg erschienen. Sie gibt den wesentlichen Inhalt eines Memorandums wieder, das im Sommer 1917 „den berufenen Faktoren“, d. h. den leitenden Staatsmännern der Feindmächte, überreicht worden ist. Es ist durchaus nicht so ungemeinlich, wie es zunächst vielleicht scheinen mag, wenn heute, nach 20 Jahren, noch einmal auf diese Denkschrift, die den tschechischen Wunschzettel für die Pariser Diktatorkonferenz enthält, hingewiesen wird. Die Realisierbarkeit der tschechischen Wünsche ist heute zwar unwahrscheinlicher denn je; die gesetzliche Verfassung des tschechischen Volkes, aus der heraus derart radikale Forderungen aufgestellt werden konnten, wie sie die Denkschrift Kuffners enthält, aber ist diefelbe geblieben und hat durch die Zusammenarbeit mit dem mahlverwandten Bolschewismus noch eine Vertiefung erfahren. Es ist das Bedenken der führenden Politiker des tschechischen Volkes, daß die Todsfeindschaft gegen das Deutschland diesem Volke seine gesellschaftliche Lebendberechtigung gibt. In diesem Sinne ist und bleibt die Denkschrift von Kuffner der unverhüllteste Ausdruck des letzten Ziels alles tschechischen Handelns. Kuffner hat die restlose Bejüngung des Deutschen Reiches und Österreichs als die „einzige Bürgschaft eines dauerhaften Weltfriedens“ gefordert: die Aufteilung des deutschen Ostens unter den polnischen und den tschechischen Staat und in drei abhängige Staatengebilde „Unterelbe“, „Oberelbe“ und „Pommern“, die Aufteilung Nordwestdeutschlands an die Niederlande und ein Staatengebilde, das er „Weserland“ genannt hat, die Auslieferung des gesamten rheinischen Gebietes an Belgien und Frankreich, die Vergroßerung der Schweiz um Vorarlberg und Nordtirol, die Zuteilung der Banaterischen Ostmark an den tschechischen Staat und die restlose Aufteilung Österreichs unter

Tschechiens, Südmähren und einer unter tschechisch-slowenischer Verwaltung stehende „Mittelmark“. Was dann vom Deutschen Reich noch übrig blieb, sollte nach der Forderung Kuffners als Deutsche Revolution dazu verurteilt sein, ein Dasein absoluter Rechtslosigkeit zu führen. Es sind das Forderungen, die nur von einer sich in krankhaftem Haß vergleichenden Phantasie erdacht werden konnten. Gerade deshalb muß aber betont werden, daß Kuffner nicht als Privatperson, sondern im Auftrag führender tschechischer Politiker diesen Plan einer „Neuordnung Europas“ ausgearbeitet hat. Und es muß daran erinnert werden, daß erst vor kurzem von tschechischer Seite wiederum eine Landkarte verbreitet worden ist, die sich weitgehend mit den Kuffnerischen „Vorschlägen“ deckt. Dem Text der deutschen Broschüre sind Karten beigefügt, die genau nach denen der tschechischen Buchausgabe reproduziert worden sind. Die Broschüre ist durch die Buchhandlung Ferdinand Mares (Münster, Löbleinstr. 13) zu beziehen.

Dr. K.

Die Brüder Wagemann. Roman von Gerhart Pohl. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1927, 297 Seiten. — Ein junger tschechischer Dichter hat in diesem Roman eine gute Probe seines Könnens abgelegt. Der Roman, in die Form einer Lebensbeschreibung gekleidet, ist ein Buch der Generation, die in der Jugendbewegung der Voreriegszeit das Nahen einer neuen Zeit gesucht und herbeigesucht und unklar tastend ihr schon neue Formen zu geben versucht hat. In der Zerrissenheit des Zusammenbruchs und des ersten Nachkriegsjares droht sie Halt und Ziel zu verlieren. Ein wenig gewaltig, doch glaubhaft werden am Leben zweier junger Menschen, der Brüder Wagemann, die Züge dieser „Generation ohne Gnade“ nachgezeichnet und wird in deren Leben die Gestalt einer Frau hineingestellt, die beiden Schicksal werden sollte. Gerhart Pohl hat für die Behandlung seines Themas einen eigenen Stil und einen verschlungenen Aufbau gefunden, der, obwohl das Ende vorweggenommen wird, bis zum Schlusse Spannung und Teilnahme aufrechtzuhalten vermag.

Dr. K.

Der Glaube der Nordmark. Von Gustav Frenzen. Verlag Georg Trudenmüller, Stuttgart 1926, 145 Seiten. — Gustav Frenzen, der bekannte Dichter der Nordmark, ist bis in sein hohes Alter ein Junger und ein Suchender geblieben. Vor 30 Jahren schon hat er sich in „Hilligenle“ mit der Frage, die ihn auch in der vorliegenden Schrift wieder beschäftigt, auseinandergesetzt, mit der Frage nach der Vereinbarkeit des Christentums mit dem deutschen Volkstum. Er erkennt in all den religiösen und kirchlichen Erneuerungsbestrebungen, die sich vom Verfasser des „Hiland“ über Luther bis zur Gegenwart erstreden, vergebliche Versuche, dem Christentum einen deutschen Charakter zu geben; und er erblickt in der Bewegung der Deutschen Christen den letzten, gescheiterten Versuch der Eindeutschung einer

dem nordischen Menschen wesenfremden Religiosität und Kirchlichkeit. Er spricht von der Nordmark, wenn er sagt, daß das Christentum, das katholische sowohl wie das protestantische, schon seit zwei Jahrhunderten aufgehört hat, die Frömmigkeit des deutschen Menschen zu bestimmen, ihr Inhalt und Richtung zu geben.

Was er für die Nordmark sagt, gilt auch, wenn bisher vielleicht auch erst in etwas milderer Form, für ganz Deutschland. Sein Buch ist ein persönliches Bekennnis. Es weicht durch die Ruhe der inneren Freiheit vom Christentum befreit. Das rechtfertigt die weite Verbreitung, die es gefunden hat.

Dr. K.

Verlag Dr. Friedrich Lömer, Berlin SW 61, Postfach 2-8. — Herausgeber für die Schriftleitung: Dr. Otto Reebel, Berlin-Schöneberg, Platz 2. — Druck: Westkreis-Druckerei G.m.b.H., Berlin-Wittenrode, Wittenstr. 7. — Herausgeber für die Anzeigen: Kurt Haupt, Berlin W 15. — Erscheinet monatlich zweimal. Volljahr vierzehnmal RM. 6.00. Einzelnummer RM. 0.30 und RM. 0.60 Postgebühr. — Anzeigenabrechnung 4. — J. v. W. 6. — Alle Aufschriften sind an den Bund Deutscher Ohren, Berlin W 30, Rother 45 (Götterf) 250014 zu richten.

## Wendt Gross

Marienwerder Westpr. Ruf 2866  
Elbing " - 3861  
Marienburg " - 2054

### Alleinvertrieb für

Medl- und Erika-Schreibmaschinen  
Astra-Rechen- u. Buchungsmaschinen  
Brüssiga-Rechenmaschinen  
Roto-Vervielfältiger  
Adress-Adressieranlagen  
Fortschrift Orgeln, Möbel

## C. E. Herbst

Gumbinnen, Königstraße 14  
Papier- u. Schreibwaren  
Buchdruckerei  
Sichtkartenheft, Bürobedarf  
Schreib- u. Rechenmaschine  
Fernruf 2118

## MÖBEL

vom einfachsten Stück bis  
zur schwersten Ausführung  
gut und preiswert bei

**ERICH HARDT**  
Tischlermeister und Bildhauer  
Gumbinnen, Wilhelmstr. 36  
Annahme von Darlehnscheinen

## Schmude & Wobbe, Insterburg

Empfehlenswerte Bezugsquelle für  
Seifen, Parfümerien, Bürstenwaren und Toiletteartikel

Hauptgeschäft: Insterburg, Hindenburgstraße 13/14

Filialen: Insterburg, Erich Kochstraße 2  
Gumbinnen, Goldaper Straße 8  
Rastenburg, Schloßstraße 5  
Lyck, Hindenburgstraße 88  
Lötzen, Markt 30  
Allenstein, Richtenstraße 32  
Allenstein, Adolf Hitlerplatz 8  
Ortelsburg, Adolf Hitlerplatz 23  
Osterode, Göringstraße 1



## Leistung der Stadtwerke Elbing

Noch ist auf dieser  
Seite auch für  
Ihre Anzeige Platz!

Werdet  
Mitglied  
der NSV.

**Albert Arndt**  
Heiligenbeil i. Ostpr.  
Tel. 261

**MÖBEL**  
Große Auswahl in Möbeln jeder Art

## Insterburger Kunstgewerbestuben

Insterburg i. Ostpr.  
Adolf-Hitler-Platz 1

## Werkstatt für Handwebereien

**Die Weingroßhandlung Paul Dreier Machl.**  
Inh. Willy Marx

Fernruf 3028 Schnellemühl Neuer Markt 8

ist die leistungsfähige Bezugsquelle  
für Deutsche und ausländ. Weine.

Feine Spirituosen, Zigarren, Zigaretten

# OSTPREUSSEN

## Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung

Stets modisch, auswahlreich  
und vorteilhaft im Preis

# Wilco

WILLFANG · MÜLLER & CO.

**KÖNIGSBERG OSTPR.  
AM ALTSTÄDT. MARKT**

Luftschutz  
ist  
das  
Gebot  
der Stunde!



### Nähmaschinen

in technischer Vollendung für jed. Haushalt  
Bequeme Zahlungsweise!

**H. Althoff** S.m.H.  
Königsberg/Pr., Dr. Schloßteichstr. 8  
(am Paradeplatz)

**Bergschlößchen-Brauerei**  
**Braunsberg / Ostpr.**

### Möbel Rohrmoser

Insterburg, Hindenburgstraße 84

Besichtigen Sie meine Sonderabteilung:

**Möbel deutscher Wertarbeit!**

**Allmeindverkauf f. Ostpreußen!**

### Modernes Einkaufshaus für gedieg. Manufaktur- u. Modewaren

Damen-, Herren- und Kinder-Fertigkleidung  
Eigenes Maß-Atelier für vornehme Damen-  
und Herrenbekleidung

Gardinen - Teppiche - Möbelstoffe - Pelze

Spezial-Abteilung für Aussteuer- und Ergänzungswäsche

**Leo Schweiger, Insterburg**

Gebrüder

# Sieber

X KÖNIGSBERG/PR.

Seit 75 Jahren ein Fachgeschäft für sämtliche Textilwaren

# OSTPREUSSEN

Bring' zur  
Sparkasse  
Dein Geld,

Die ostpreußischen

**Stadt und Kreis-  
Sparkassen**  
mündelstichig

wie man's  
tut in  
aller Welt!

Heizungen  
Wasserleitungen  
Bäder usw.

Lingen u. Co.  
Königsberg - Pr.  
Französische Str. 1

Ostdeutsches  
Centralheizungswerk

Inhaber: Hermann Kohnert  
Königsberg (Pr.), Königstr. 82 b u. c  
Telefon 32404 und 31917

Heizungs-, Lüftungs-, sanitäre Anlagen

Büromaschinen  
Büromöbel und  
Organisationsmittel

empfiehlt

Albert Wigand  
Königsberg Pr., Junkerstr. 10  
Eingang Münzplatz

Wer nicht inseriert, bleibt unbeachtet

Justus Baginski

Be- u. Entwässerungen - Gasanlagen  
Sanitär-Einrichtungen

Königsberg/Pr., Jägerhof 15  
Fernruf 85712

Stets das Neueste aller Literaturgebiete  
finden Sie in unserer  
Buchhandlung und Leihbücherei  
Monats- und Wochen-Abosehene  
**Steindamm-Bücherei**  
Königsberg Pr., Steindamm 9 b  
am Nordbahnhof Ruf 86654

Jede Art von Bewachung  
in ganz Ostpreußen

Übernimmt die  
Wach- u. Schließ-  
Gesellschaft



Königsberg Pr.  
Klapperwiese 5  
Tel. 41129.41144

**Fritz Walter, Schneidermeister**  
Königsberg Pr., Kreislerstr. 6 Ende Franzstr. Gtr.  
Ruf 81771  
**Uniformen für Heer u. Luftwaffe**  
Dienstfahrt für gebiegte Motorarbeit  
Zivil-, Sport- u. Reitbekleidung • Ausrüstungsfabrik

Obstbäume, Spalier  
in vielen Formen

Beeren-, Ziersträucher • Blautannen

**Richard Lange**  
Königsberg Pr., Juditter Allee 8  
Ruf 20527

# OSTPREUSSEN

Der Qualitätsraucher bevorzugt

## Carl Peter Cigarren

die führende Marke im deutschen Osten

— 27 eigene Verkaufsstellen in Ostpreußen —

Hauptgeschäft:

Königsberg Pr., Kneiphöf. Langgasse 36

D.J. H.J. B.D.M. Uniformen

Uniformen und Echtes für Reichsheer, Flieger,

Arbeitsdienst und simil. NSDAP. - Formations-

## F. Benson

Königsberg Pr., Französische Str. 11

Alteste NSDAP.-Bekleidungsstelle für Ostpreuß.

## Auto - Elektrowerkstatt



## Präg & Held

Königsberg Pr.

Neue Adresse:  
Gen. Litzmannstraße 84

Brennstoff - Einspritzpumpen und Einspritzdüsen für Diesel  
Reparatur u. Lieferung  
Bosch - Batterien

Ich berate Sie gern und empfehle zur  
Herbstpflanzung

Obstbäume-Berenensträucher  
Ziersträucher-Stauden

## Otto Baumgart

Königsberg Pr., Lawsker Allee 70  
Ruf 23979

## Baumschulen Gebrüder Gehlhaar

Königsberg Pr., Juditter Allee 18/22  
Fernsprecher 22500

Alle winterharten Nutz- und Ziergehölze  
für den deutschen Osten

## Nord-Süd-Bau

O s t p r e u ß e n G. m. b. H.

## Königsberg Pr.

Vorder-Roßgarten 50

**Rot und Blaue finden die Mutter  
und ihre Kinder durch das Kindermotz  
„Mutte und Kind“.**



## Otto Ad. Sielmann

Feldbahnen — Bagger — Dieselmotor- und  
Dampflokomotiven — Preßluftanlagen — Trans-  
missionen — Betonmischmaschinen

Königsberg Pr.

Magisterstraße 65-66

Telefon: 36488 und 33360

## Werkzeugmaschinen

für Holzbearbeitung  
Eisenbearbeitung

Knauth & Jilas, Königsberg Pr., Steindamm 177

Färberei

## CAILLÉ & LEBELT reinigt chemisch

Königsberg I. Pr. 5

## Martha Elsner

Königsberg I. Pr., Münzstraße 5-6  
Korsekett, Korseletts, Gesundheitsleibbinden  
Damenwäsche, Strümpfe in großer  
Auswahl zu billigsten Preisen

Konditorei

## Kurt Gehlhaar

Königsberg I. Pr. Junkerstraße 11-12a

Das gute Tages-Café mit türkischem Mokka-Salon

Versandhaus des weltberühmten

Königsberger Marzipan

NITALIN das flüssige Benzin  
 NITAL das flüssige Gasolin  
 NITAG-OL das Flüssigöl  
 Sowie sämtliche anderen Treibstoffe



KÖNIGSBERG (Pr.), Friedländer Torpl. 4a  
 Tel. 4025011  
 Viele Provinzläger

**PERTRIX**  
 OSTPREUßISCHE

ELEMENTE- UND BATTERIE-FABRIK  
 Gesellschaft mit beschr. Haftung

Königsberg (Pr.)

Hermann-Göring-Str. 151/155

Taschenlampen- u. Anoden-Batterien  
 Hülsen und Lichtwerfer  
 Fahrrad - Scheinwerfer  
 und Fahrrad - Dynamos

# Prußische Zeitung

Die größte Tageszeitung  
 in Ostpreußen

Das Sprachrohr von Partei und Staat



Tischlereibedarf

Sperrholz . Fourniere

Wilhelm Tappmeyer, Königsberg Pr., Gebauerstr. 50. Ruf 33337

**Englich & Quatz Königsberg Pr.** Gegründet 1882  
 Große Schloßteichstraße 10  
 Ecke Burgstraße Ruf 33068

Das Haus für Bürobedarf — Büromaschinen — Büromöbel — Büropapiere

**A. Franz Rapetzki, Königsberg Pr.**

Sackheimer Kirchenstraße 23 — Fernsprecher: 35244 und 30970

**ZENTRALHEIZUNGEN**  
 Heizungs- und Lüftungstechnische Anlagen

**Lippert & Matull**

Münzstickerei

Königsberg I. Pr., Münzstraße 5-6

Spezialhaus für beste Strickkleidung  
 gediegene individuelle Maßanfertigung

Ruf 31654

Fachgeschäft für Mal- u. Zeichen-Artikel

**Käthe Neumann**

Königsberg, Am Schloß 1 • Ruf 30526

Gut sortiertes Lager

Mit dem „Seedienst Ostpreußen“ ins Ordensland

# O S T P R E U S S E N

## **Stempel u. Gravuren**

G.m.  
b. H.

Königsberg I. Pr. 5

Börsenstraße 11

## **Mara Arndt**

Antiquariat u. Buchhandlung

Königsberg Pr.

Französischestr. 3

Fernsprecher 31232

## **„Heinzelmännchen“**

Inh.: Gertrud Danat

Lichtpausanzalt u. Verleihungsbüro  
Königsberg Pr., Lutherstr. 8, Ruf 38005

## **Gebr. Rittler**

Leder für alle Zwecke

**Königsberg Pr.**

Allgemeine Vergleichstraße 11

Fernsprecher Nr. 33117 und 36350

## **Hoch- und Tiefbau Gesellschaft**

Inh.: Gebr. Schmarsel  
Königsberg Pr., Glückstr. 12

Kompl. Zimmer und Einzelmöbel  
gut und preiswert

**A. Thurau, Möbelgeschäft**  
Tischlermeister  
Königsberg, Vorst. Langgasse 98  
Annahme von Eheschändarlehn

## **Parfümerie Favorit**

Inh. F. Klein u. E. Wied

**Königsberg Pr., Paradeplatz 11**  
Anruf 36712

unterhält ständig reich sortiertes Lager  
in Seifen, Parfümerien, Hautpflege- und  
Toilette-Artikeln

## **Dieckert & Jautschus Nachl.**

Inh. Arthur Gerber

Königsberg I. Pr., Löbn. Langg. 5

Leder f. Schuhmacher u. Tätiler

## **Bornh. Teichert**

Buch- u. Kunsthändlung

**KÖNIGSBERG PR.**

Gr. Schloßteichstraße 8

Jagdgässer, Reichsgetreideprober  
Regenmesser, Barometer

**Optiker**

## **Walter Wiedmann**

Königsberg/Pr., Kneiphöf. Langgasse 56

Ruf 28568

## **Z. Trittmacher**

Spedition u. Großfuhrbetrieb

**Königsberg Pr.**

Liegengrabenstr. 11-12

Sommel - Nr. 36366

## **Sam. Bernsteinwaren - Fabrik**

## **Albert Giega**

Königsberg Pr.

Sackheim 92

Das Ziel  
des Hilfswerkes

„Mutter u. Kind“:

ein starkes  
und gesundes  
deutsches Volk

## **Tilsiter Rollfuhr-Gesellschaft m. b. H.**

Deutsche Straße 24. Ruf 2801-02

Möbeltransport

Spedition

Schiffahrtsexpedition

Rollfuhrwesen

Amtlicher Spediteur der Reichsbahn

## **Tapeten-Balatum**

Johns. Diktif., Königsberg Pr.

Vorstdt. Langgasse 93

**H. Rosenfeld Nachfolg. K. Bauer**

Büro-Möbel

Schreibmaschinen

**Tilsit**, Mohestraße 13

**Schallke**

DAS HAUS DER PHOTOFREUNDE

Königsberg, Steindamm 128/29

## **FELLENBERG**

Kommendit-Ges.

Zementwaren und  
Steinholzfußböden

**Königsberg Pr.**  
Friedländerplatz 5

## **Ferd. Beyer's Buchhandlung**

Königsberg Pr., Französischestr. 25



Steindamm 139  
**MÖBELFABRIK**  
und Einrichtungshaus

## **Möbeltischlerei**

Innenausbau

**ERNST DELLIN**

Tischlermeister

Königsberg/Pr., Ziegelstr. 14

Telefon 35993

## **Besucht den deutschen Osten!**

Schau nicht rechts  
schau nicht links  
kauf bei

## **Raudies u. Bugenings**

**Tilsit**, Deutsche Straße 73

Stoffe - fertige Kleidung - Wollwaren

Vereinsbrauerei Tilsit  
empfiehlt ihre vorzüglichen  
**Qualitäts-Vollbiere**  
in Fäß und Flaschen

Walter Bergau \* Tilsit  
Sommerstr. 43. Fernruf 3427  
Unternehmung für:  
Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbau  
Beton-, Eisenbetonbauten und  
Kanalisation

# Gaskoks

für Zentral- und Etagen-Heizungen

liefert in guter Qualität und in jeder Stückgröße

**Städtisches Gaswerk, Tilsit**

Kornhausgenossenschaft e. G. m. b. H. zu Tilsit  
Zweigstellen in Gr. Brittanien, Kaukehmen, Naujeningken, Rautenberg, Szillen  
Das genossenschaftl. Landwaren-Institut für die Kreise Tilsit-Ragnit u. Niederung

\* Backe mit Hefe \*

überall

\* Koche mit Hefe \*

## O. H. T. HEFE

Ostdeutsche Hefewerke, Abtig. der Norddeutschen Hefe-Industrie  
Tilsit

Fernruf 3444

## S C H L E S I E N

Schlesier lieben die  
Schlesische Gaupreßle

mit ihren 9 NS-Heimatzeitungen in:  
BRESLAU GÖRLITZ WALDENBURG  
GŁOŚNA GLATZ GLEIWITZ  
LĘGNITZ HIRSCHBERG OPPLEN

Gustav Knauer  
Breslau 6 Möbeltransport · Speicherlei · Spedition

Fernsprecher: 28747

Breslauer

Leinenhaus  
Gotthard Völkel

Friedr.-Wilh. Str. 51  
und Albrechtsstr. 56

Gute Wäsche jeder Art

Schreibmaschinen  
Verlagsfertigungsapparate, Registraturen  
und sämtlicher Bürobedarf  
ausgezeichnet

Bürobedarf Moz Stenzel, Breslau 1  
Garvesstraße 11 Auf 29749

Wenn Wäsche: dann ...

Fuchs-Hekel  
BRESLAU - AM RATHAUS 27

Minsapost & Prauser

Zentralheizungs- und Warmwasser-  
bereitungs-Anlagen, Etagen-Heizungen  
Neubau, Instandhaltung, Reparaturen

Breslau 1, Werderstr. 14/16. Tel. 45954